

M Ostdeutsche Morgenpost

Herausgeber: Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Marjacka 1, Tel. 483; P. K. O. Katowice, Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Konto 301982.

Erste oberschlesische Morgenzeitung

Erscheint täglich, auch Montags (siebenmal in der Woche). Bezugspreis: 5.- Zloty

Anzeigenpreise: 10 gespaltene Millimeterzeile im polnischen Industriegebiet 20 Gr., auswärts 30 Gr., Amtliche und Heilmittel-Anzeigen sowie Darlehns-Angebote von Nichtbanken 40 Gr. 4 gespaltene Millimeterzeile im Reklameteil 1,20 Zl. bzw. 1,80 Zl. Gewährter Rabatt kommt bei gerichtlicher Beitreibung, Akkord oder Konkurs in Fortfall. — Anzeigenschluß: abends 6 Uhr

Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, die nach Möglichkeit innegehalten werden, sowie für die Richtigkeit telefonisch aufgebener Inserate wird keine Gewähr übernommen, und kann die Bezahlung aus diesen Gründen nicht verweigert werden. — Streiks, Betriebsstörungen usw., hervorgerufen durch höhere Gewalt, begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugsgeldes oder Nachlieferung der Zeitung.

Praktische Reichsreform

Reichs-Statthalter in den Ländern

Ernennung und Absetzung der Regierungen — Länderparlamente überflüssig

Hitler, Statthalter in Preußen

(Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion)

Berlin, 7. April. Im Rahmen der Ermächtigung, die der Reichstag der Regierung erteilt hat, hat die Regierung im Kabinettsrat am Freitag

die Reichsreform um ein erhebliches Stück gefördert.

Unter Aufhebung der Bestimmungen der Weimarer Verfassung über das Verhältnis zwischen Reich und Ländern wird die Reichsregierung die Vollmachten der Länderparlamente für die Bestellung der Länderregierungen beseitigen. Diese Vollmachten sollen ganz auf die Reichsregierung übergehen, und zwar derartig, daß diese Statthalter in den Ländern einsetzt. Die Einsetzung erfolgt durch den Reichspräsidenten auf Vorschlag des Kanzlers. Die Statthalter haben im Einvernehmen mit der Reichsregierung und nach deren Weisungen die Ministerpräsidenten zu ernennen und nach deren Vorschlag die übrigen Regierungsmitglieder.

Die Statthalter sind also gewissermaßen vom Reich eingesetzte Staatspräsidenten, aber mit der besonderen Aufgabe, die engste politische Verbindung mit der Reichsregierung zu pflegen. Zu diesem Zweck sind sie auch befugt, Ministerpräsidenten und Minister, die diese Verbindung etwa lockern wollen, abzusetzen. Sie können ferner den

Landtag auflösen und Neuwahlen ansetzen, vorbehaltlich der Reichsbestimmungen, die die Auflösung der Länderparlamente in der Gleichschaltung mit dem Reichstag vorsehen. Sie haben die Ländergesetze, soweit sie der Mitwirkung der Länderparlamente unterliegen, auszufertigen und zu verkünden. Sie können ferner die Beamten der Länderverwaltung, die noch von den Ländern ernannt werden, absetzen und haben das Vornamensrecht. Die Statthalter dürfen nicht Mitglieder der Länderparlamente sein, können aber gegebenenfalls den Kabinetten präsidieren.

Sie werden für die jeweilige Dauer einer Gesetzgebungsperiode ernannt. Für das größte deutsche Land Preußen ist insofern eine besondere Regelung vorgesehen, als hier der Statthalter der Reichskanzler selbst werden wird. Er ernannt in Preußen also den Ministerpräsidenten und die Mitglieder der Regierung selbst und unmittelbar. Wer Ministerpräsident in Preußen wird, steht noch immer nicht fest, und das Rätselraten ist wieder in vollem Gange.

Den Länderparlamenten wird mit diesen Maßnahmen die Mitbestimmung bei der Regierungsbildung ganz ge-

Der 1. Mai gesetzlicher Feiertag

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 7. April. Das Gesetz, durch das der 1. Mai zum Feiertag der nationalen Arbeit bestimmt wird, ist vom Reichskabinettsrat bereits verabschiedet worden. Nach dem Gesetz gelten für diesen Feiertag die reichs- und landesgesetzlichen Bestimmungen, die für gesetzliche Feiertage überhaupt vorhanden sind. Der Reichsminister für Volksaufklärung wird die näheren Bestimmungen für den neuen Feiertag erlassen. Für den neuen Feiertag gelten alle Vorschriften, die für die in die Woche fallenden kirchlichen Feiertage und die zweiten Feiertage der kirchlichen Feste erlassen sind. Deshalb darf z. B. an diesem Tage ebensowenig ein Lohnabzug erfolgen wie an anderen Feiertagen.

Berlin, 7. April. Die Besprechung der Reichsminister hat sich auch mit der außenpolitischen Lage befaßt. Der Reichskanzlerminister von Neurath hat dem Kabinettsrat Bericht erstattet.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates des Norddeutschen Lloyd, Heineken, hat mit Rücksicht auf sein hohes Alter und um den Erfordernissen der neuen Zeit Rechnung zu tragen, sein Amt niedergelegt.

Nationalsozialistischer Parteibefehl!

Keine Eingriffe in Privatbetriebe

Nur mit Genehmigung der Parteizentrale

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 7. April. Die Politische Zentralkommission der NSDAP. veröffentlicht folgende Anordnung:

„Es ist den Mitgliedern der NSDAP., SA- und SS-Männern oder sonstigen Angehörigen der NSDAP. untersagt, in die inneren Verhältnisse der Wirtschaftsunternehmen, Industriebetriebe, Banken usw. selbständig einzugreifen, Absetzungen vorzunehmen und dergleichen. Zu irgendwelchen Eingriffen muß die ausdrückliche Genehmigung der Wirtschaftsbeauftragten der NSDAP. vorliegen, die nur im Einvernehmen mit der Politischen Zentralkommission handeln dürfen.“

„Die Reichsbank wacht über die Währung“

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 7. April. In der Generalversammlung der Reichsbank machte vor Eintritt in die Tagesordnung Reichsbankpräsident Dr. Schacht Ausführungen, die sich auf das Geschäft der Reichsbank, auf die allgemeine Wirtschaftslage und die wirtschaftspolitischen Erfordernisse der Gegenwart bezogen.

Mit besonderem Nachdruck betonte Dr. Schacht, daß die Reichsbank das eine Ziel im Auge habe, die Wertbeständigkeit der Reichsmark gleichmäßig zu erhalten. Der deutsche Sparer könne sich auf die unerschütterliche Wacht der Reichsbank über die deutsche Währung unbedingt verlassen.

Das Bemerkenswerte an dem Abschluß der Reichsbank sei die recht erhebliche Schrumpfung der Umsätze, die im Jahre 1932 gegen 1931 um 15,6 Prozent zurückgegangen seien. Auf der anderen Seite habe sich aber eine gewisse Gesundung des Geschäftes vollzogen. Die Folgen der Zulitriebe von 1931 seien aber bei weitem noch nicht überwunden. Die Lage des deutschen Bankgewerbes sei noch immer schwierig. Die Lage der Sparkassen habe sich bedeutend gebessert, die Einzahlungen seien bis in die jüngste Zeit größer als die Auszahlungen. Durch die Umwandlung der Preussensparkasse in ein Reichsinstitut sei die Gewähr für einheitliche Behandlung der Genossenschaften geboten. Die

Reform des Bankwesens,

an der auch die Reichsbank beteiligt sein müsse, könne jetzt in Ruhe und ohne jede Störung des Wirtschaftslebens vor sich gehen. Der nationalpolitische Umschwung habe das deutsche Volk

von der Illusion geheilt, daß man allein mit ausländischer Hilfe zu einer wirtschaftlichen Besserung kommen könne.

klare Erkenntnis der Tatsachen sei die Voraussetzung für jede Gesundung. Aus diesem Grunde werde jetzt auch die wahre Goldbedeckung in der Reichsbankausweisung gezeigt. Andererseits müsse jetzt angesichts der weit hinter den Erwartungen zurückbleibenden Uberschüsse des deutschen Außenhandels dem Auslande der Ernst der deutschen Devisenlage vorgeführt werden, da die Entwicklung des Außenhandels ihre zrangslängigen Folgen haben müsse.

Seine kommerziellen Schuldenverpflichtungen werde Deutschland in jedem Falle halten müssen, um nicht das Vertrauen des Auslandes zu seinem Leistungswillen zu verlieren. Für die Reichsbank ergebe sich die Notwendigkeit einer

Anreicherung ihrer Gold- und Devisenreserven,

damit sie freie Bewegungsmöglichkeit im internationalen Zahlungsverkehr gewinne, wenn

Heute (Sonnabend) im Rundfunk

18,45 bis 20 Uhr: Reichskanzler Hitler beim SA.-Appell im Sportpalast Berlin.

Reichsreform auf Anhieb

Vor dem Jahre der deutschen Innenpolitik vergeblich gerungen haben, wofür nutzlos Ströme von Tinte vergossen und Sturzfluten politischer Reden vom Stapel gelassen wurden, das hat das Reichskabinett Hitler in einer einzigen Sitzung erledigt: Die Reichsreform. Was bisher von der nationalen Regierung an Eingriffen in die Politik der Länder geschehen war, war nur die im Augenblick notwendige Anpassung der Länderregierungen und Verwaltungen an die Erfordernisse der nationalen Revolution, an die völlige Umgestaltung der Reichsregierung. Die grundsätzliche Vereinigung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern ist erst jetzt erfolgt durch den Beschluß, die Länderregierungen in Zukunft praktisch für alle Zeiten an die Reichsregierung und ihre Politik durch das Mittel des Statthalters anzuhängen.

Eine Reibung zwischen dem Reich und einem Land, wie sie in den letzten Jahren so vielfach den Gang der Politik gehemmt hat, ist danach nicht mehr vorstellbar. Mit einem vollkommen neuen Gedanken hat die Reichsregierung sich über alle Schwierigkeiten der vielumstrittenen und dadurch erst recht schwierig gemachten Länderfrage hinwegzusetzen gewußt und eine Regelung getroffen, die den Ländern ihr eigenes Leben als eigene politische Verbände läßt, ohne daß die tausendfachen Hemmungen und Kraftverluste des bisherigen Zustandes beibehalten würden. Die ausgeklügelten Konstitutionen, die in den letzten Jahren von Privatpersonen oder Verbänden aufgestellt wurden, um die Reichs- und Länderfragen zu lösen, sind dadurch mit einem Schlage überholt, und die ganze Angelegenheit ist aus der Welt geschafft worden. Preußen wird ebensowenig aufgelöst wie irgendein anderes der Länder. Es gibt keine Reichsprovinzen und keine Vorrechte der süddeutschen Staaten, es gibt nur ein geschlossenes deutsches Volk, das jetzt wahrhaft die Präambel der Weimarer Verfassung erfüllt: „Einig in seinen Stämmen“.

Bei der Beurteilung der Reichsreformkämpfe in den vergangenen Jahren ist besonders interessant der Rückblick auf die Tatsache, daß sich stets eine überwiegende Mehrheit der Parteien und der Abgeordneten für die Durchführung einer Reichsreform ausgesprochen, daß man sich aber niemals über die Form und das Ausmaß der vorzunehmenden Schritte einigen konnte, daß stets die verschiedenen Wünsche und Meinungen sich gegenseitig aufhoben, sodaß praktisch nichts geschah. Es bedurfte nur der Schaffung eines einheitlichen und geschlossenen Führungswillens in der Reichszentrale, um diese innerpolitisch dringendste Aufgabe zu erfüllen. Durch die Betrauung des Reichskanzlers mit dem preußischen Statthalterposten nimmt die neue Reichsform einen wesentlichen Bestandteil der Bismarckschen Verfassung, selbstverständlich in der entsprechend abgeänderten Form, wieder auf. Durch die Erhaltung der Länder in ihrem bisherigen Gebiet und die Aufrechterhaltung ihrer eigenen Verwaltung sind alle Widerstände, die gegen die gewünschte Unitarisierung früher erhoben werden konnten, ausgeschaltet. Das kulturelle Eigenleben der deutschen Stämme bleibt in seiner Vielfalt erhalten. Dadurch, daß der politische Wille aller Einzelstellen zentral vom Reich aus geleitet wird, ergibt sich aber eine Verstärkung der Reichsgewalt, die sämtliche Vorteile des geschlossenen Einheitsstaates mit sich bringt, ohne daß der Nachteil des inneren Widerstrebens gegen die Unitarisierung oder gegen eine „Verpreßung“ in Kauf genommen werden mußte.

Im ganzen gesehen, bedeutet danach die Kabinettsentscheidung vom 7. April einen der wichtigsten, wenn nicht überhaupt den wichtigsten Beschluß der neuen Reichsregierung bisher, eine grundsätzlich neue Verfassung als neue Grundlage auf dem wichtigsten Gebiet der Reichspolitik und die Beendigung eines seit vielen Jahren viel beklagten und als unhaltbar erkannten Zustandes, dem freilich mit Reden und Vereinsbeschlüssen nicht abgeholfen werden konnte, sondern nur durch die endlich erfolgte Zielbewußtheit und nach den letzten Jahren überraschend Kühne Tat.

Dr. Joachim Strauss.

die Reichsmarkwahrung einmal nicht mehr, wie es jetzt ist, ihrer internationalen Funktion entleidet sei. Vorläufig könne aber die Devisenbankwirtschaft keinesfalls aufgehoben werden, da alles darauf ankomme, die Währung stabil zu halten.

Zu der Frage der Arbeitsbeschaffungspläne äußerte sich Dr. Schacht dahin, daß die

Reichsbank jeden Kreditnehmer, der 1000 Reichsmark verlange, erster nehme als die Leute, die gleich bei 100 Millionen Reichsmark anfangen.

Die Anfurberung der Wirtschaft könne nicht durch Notstandsarbeiten wie Grabenziehen, Schotter aufschütten usw. herbeigeführt werden. Vielmehr seien die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion, durch die Devisen erbracht würden, und die Erteilung industrieller Aufträge notwendig,

Starke Entlastung des Arbeitsmarktes

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 7. April. Die Frühjahrsentlastung des Arbeitsmarktes hat in der Zeit von Mitte bis Ende März so gute Fortschritte gemacht, daß die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen vom 16. bis 31. März um rund 337 000 zurückgegangen ist. Die Reichszahl

der Arbeitslosen beträgt Ende März rd. 5 598 000. Sie liegt damit schon rund 449 000 oder 7,4 Prozent unter dem winterlichen Höchstpunkt, während im Vorjahr der Umschwung erst in der zweiten Märzhälfte einsetzte und bis Ende März eine Entlastung von nur 95 000 brachte.

Die Maßnahmen gegen jüdische Ärzte und Anwälte

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 7. April. Von dem Kommissar der Medizinischen Spitzenverbände wird mitgeteilt, daß in den freien geistigen Berufen und Arbeitsstätten der Ärzteschaft seit langem ein besonders großes zahlenmäßiges Mißverhältnis der jüdischen Geistesarbeiter zu den deutschen Ärzten besteht. Um dieses Mißverhältnis zu beseitigen, sei auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der ärztlichen Tätigkeit bereits eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt oder eingeleitet worden. Die Länder-Kommissare für das Gesundheitswesen hätten eine große Zahl jüdischer Ärzte aus Universitäten, Instituten, Kliniken und aus dem kommunalen Gesundheitsdienst entlassen. Der Kommissar der ärztlichen Spitzenverbände habe veranlaßt, daß in allen Gliederungen der Berufsorganisation die jüdischen Ärzte aus den Vorständen und aus der Geschäftsführung ausgeschlossen wurden. Auf Veranlassung des Kommissars bereite das Reichsarbeitsministerium Maßnahmen vor, um die jüdischen Vertrauensärzte und Gutachter bei den Versicherungssträgern und Versicherungsanstalten auszuschließen. Die Untersuchungen für den Freiwilligen Arbeitsdienst würden nicht mehr von jüdischen Ärzten vorgenommen werden. Die Vorschriften für die Zulassung zur kassenärztlichen Tätigkeit würden so geordnet, daß

Erfordernisse der heutigen Zeit nicht umstellen wollten oder könnten. Die Krankenkassen und ihre Vereinigungen und Verbände würden in gleicher Weise gereinigt. Mit unannäherlicher Strenge werde gegen die vorhandenen Korruptionsercheinungen vorgegangen. Die vielfach unrentablen Eigenbetriebe der Krankenkassen würden aufgelöst, womit der Beginn zur Entpolitisierung der gesamten Krankensicherungen gemacht sei. Die marxistischen und fremdgeistigen Vertreter in der Sozialversicherung würden restlos ausgetanzt.

Unter Hinweis auf die Tatsache, daß der Bedarf an Ärzten in Deutschland jetzt für 9 Jahre gedeckt

ist, hat der Bayerische Kommissar für den Innenminister Wagner bestimmt, daß Neueinschreibungen für das Studium der Medizin an der Universität München auf 345 Studenten, an der Universität Würzburg auf 130 Studenten und an der Universität Erlangen auf 98 Studenten zu beschränken sind. Angehörige der jüdischen Rasse sind überhaupt ausgeschlossen.

In einer Pressebesprechung erklärte der Kommissar für den Vorstand der Berliner Anwaltskammer, Rechtsanwalt Dr. Renbert, zur Frage der Neuzulassung der Berliner Anwälte, daß die auf Grund des Verhältnisses der jüdischen zur Gesamtbevölkerung zugelassene

Zahl jüdischer Anwälte in Berlin auf 35 festgesetzt worden ist. In Berlin waren bisher etwa 3400 Anwälte ansässig, von denen der jüdische Anteil auf 2500 geschätzt wird. Die Anzahl der 85 jüdischen Anwälte bereite erhebliche Schwierigkeiten. Als Bedingung der Zulassung werde eine besondere Bewährung im Felde als Frontkämpfer verlangt.

Personalveränderungen in der preußischen Verwaltung

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 7. April. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, haben die Kommissare des Reiches am 6. April folgende Personalveränderungen beschlossen:

Unter-Gewährung des gesetzlichen Wartegeldes sofort einzuweilen in den Ruhestand versetzt wird Regierungspräsident Jaenicke in Potsdam; gleichzeitig wird genehmigt, daß der Regierungspräsident z. D. Jaenicke in chinesische Staatsdienste übertritt. Eine große Anzahl von Landräten wird auf die gleiche Weise in den Ruhestand versetzt, u. a. Dr. Steinfeld in Trebnitz, Bachmann in Breslau, Köhne in Bunsau.

Ferner Landräte, über deren anderweitige Verwendung sich die Kommissare des Reiches eine Entschließung vorbehalten haben. Dr. Freiherr von Cornberg in Schönlanke (Mecklenburg), Dr. Wachsman in Treuburg (Krs. Dlegko). Unter-Gewährung des gesetzlichen Wartegeldes wird u. a. einzuweilen in den Ruhestand versetzt der Vizepräsident des Oberpräsidiums in Breslau, Wejemann. Es werden u. a. ernannt: Der Ministerialrat im Reichsministerium des Innern Dr. Fromm, vorbehaltlich der Zustimmung des Provinzialausschusses, zum Regierungspräsidenten in Potsdam; bis dahin wird ihm die kommissarische Verwaltung dieser Stelle übertragen; der Regierungspräsident Freiherr von Belding und Reulrich in Liegnitz zum Vizepräsidenten des Oberpräsidiums in Breslau.

Weiterhin werden ernannt: Der Kommissar zur besonderen Verwendung Dr. med. Conti zum Ministerialrat im Preuss. Ministerium des Innern; Polizeipräsident Hinkler in Gladbach-Rheydt zum Polizeipräsidenten in Altona. Beauftragt mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamts in Olpe wird Regierungsrat Sträter beim Polizeipräsidenten Duppeln.

um die Wirtschaft anzukurbeln. Neben einer geordneten Agrarpolitik zur Pflege des Binnenmarktes empfahl Schacht Aufträge der öffentlichen Betriebe, die sich gerade für das Kleingewerbe günstig auswirken.

Weiter setzte sich Dr. Schacht für eine vorsichtige und sparsame Finanzpolitik und für eine pflegliche Behandlung des Geldmarktes ein, um zu niedrigen Zinssätzen zu kommen. Diskontierungen allein genügt noch nicht, da sie zunächst nur einem kleinen Kreis von Bankern zugute kämen.

Kommissarische Rundfunkintendanten

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 7. April. Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda teilt mit:

Mit Wirkung vom 15. April 1933 werden zu kommissarischen Intendanten ernannt: für die Berliner Funktunde der Schriftsteller Friedrich Arenhövel, für den Westdeutschen Rundfunk, Köln, Archivdirektor Dr. phil. Hermann Glasmeyer, für den Südwestdeutschen Rundfunk, Frankfurt a. M., der bisherige Leiter der Nachrichtenabteilung der Reichsrundfunkgesellschaft, Walter Beumelburg.

Richard Kolb von der Berliner Funktunde ist auf seinen Wunsch zum Intendanten des Bayerischen Rundfunks in München bestellt, der kommissarische Intendant des Deutschlandsenders, Götz Otto Stoffregen, ist endgültig bestätigt worden.

Berlin, 7. April. In der Leitung der Pressestelle des Reichsinnenministeriums steht eine Aenderung bevor. Der gegenwärtige Pressereferent, Oberregierungsrat Wallraf, soll auf seinen Wunsch in die Preussische Verwaltung zurückkehren, aus der er hervorgegangen ist. Oberregierungsrat Walraf wird ein Landratsamt übernehmen. Zum Leiter der Presseabteilung des Reichsinnenministeriums dürfte der persönliche Referent des Reichsinnenministers Dr. Meißner bestimmt werden, der bereits früher in Thüringen Presseschef der Thüringischen Staatsregierung war, als Dr. Fried noch dem Thüringischen Ministerium anahörte.

Verhaftung des Leiters der Politischen Polizei in Frankfurt a. M.

(Telegraphische Meldung)

Frankfurt a. M., 7. April. Kriminalrat Mührdel, der frühere Leiter der Politischen Abteilung des hiesigen Polizeipräsidiums, der nach dem Wechsel im Polizeipräsidium beurlaubt worden war, ist festgenommen worden. Man wirft ihm vor, daß er vom Zentralverein Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens Gelder angenommen hat, über die Quittungen und Belege nicht gegeben worden sind. Die Gelder sind als Telefonausgaben usw. verbucht worden.

Geburtenrückgang und Arbeitslosigkeit

In einer Untersuchung über die Zusammenhänge zwischen dem Geburtenrückgang und der Arbeitslosigkeit kommt Dr. Adolf Blind, Frankfurt a. M., in der Zeitschrift „Wirtschaftsdienst“ zu interessanten und geradezu erstaunlichen Ergebnissen. Das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den in der Wirtschaft tätigen Arbeitskräften und der Gesamttheit der Konsumenten ist nämlich in der Gegenwart annähernd das gleiche wie in der Vorkriegszeit. Diese Übereinstimmung erklärt sich aus den Verschiebungen des Altersaufbaues. Vor dem Kriege mußte der in der Wirtschaft tätige Personenkreis eine größere Zahl Kinder als heute miternähren. Durch den Geburtenrückgang ist diese Zahl gesunken. Im Verhältnis ist die Zahl der im arbeitsfähigen Alter stehenden Personen größer geworden. Praktisch hat die Arbeitslosigkeit einen so erheblichen Teil davon aus der Tätigkeit herausgesetzt, daß die arbeitenden Kräfte ebensowohl Personen unterhalten müssen wie vor dem Kriege. Danach genügt die Zahl der gegenwärtig noch Beschäftigten, um die Gesamttheit der Konsumenten im etwa gleichen Umfang wie in der Vorkriegszeit zu versorgen.

Nicht ganz logisch erscheinen die Schlussfolgerungen, zu denen Dr. Blind in seiner Arbeit kommt. Er berechnet nämlich, daß im Falle des Vorhandenseins der heute fehlenden Kinder die Beschäftigung aller Arbeitslosen die Bevölkerung insgesamt nicht besser sein könnte als sie es heute ist, wenn auch die Verteilung der Produktion eine andere wäre. Dr. Blinds Theorie stößt hier an die Auffassung, daß die Arbeitslosigkeit zu einem wesentlichen Teil eine Abjahrsfrage ist und daß bei Nichteintreten des Geburtenrückganges sich alle Voraussetzungen verschoben haben würden.

Essener Oberbürgermeister beurlaubt

(Telegraphische Meldung)

Düsseldorf, 7. April. Der Regierungspräsident hat den Essener Oberbürgermeister Schäfer auf eigenen Antrag bis auf weiteres beurlaubt. Die Beurlaubung ist lediglich mit Rücksicht auf die politische Lage erfolgt und findet weder in der Person noch in der Amtsführung des Oberbürgermeisters ihren Grund. Mit der vorläufigen Wahrnehmung der Amtsgeschäfte des Oberbürgermeisters hat der Regierungspräsident im Einvernehmen mit dem preussischen Ministerium des Innern den früheren Verleger der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, Dr. Reismann - Grono in Essen, kommissarisch beauftragt.

Esser wieder in Haft

(Telegraphische Meldung)

Esskirchen, 7. April. Auf Anordnung des Regierungspräsidenten in Köln wurde Reichstagsvizepräsident Thomas Esser in Esskirchen in



Schutzhaft genommen und zur weiteren Untersuchung der Vorgänge bei der Kölner Handwerkskammer nach Köln gebracht.

Königsberg, 7. April. In Verfolg der noch andauernden Untersuchungen an den Instituten der Ostpreussischen Landschaft ist General-Landschaftsdirektor von Hippel in Königsberg in Schutzhaft genommen worden.

Geländespott an den Hochschulen

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 7. April. Die Direktoren der Institute für Leibesübungen an den deutschen Hochschulen sind zurzeit zu einem Ausbildungslagergang an der Geländesporthochschule Döberitz zusammengezogen. Gelegentlich der Anwesenheit des Geschäftsführenden Präsidenten des Reichsverbandes, von Neufville, fand eine Aussprache statt, in der die völlige Übereinstimmung darüber zum Ausdruck kam, daß der Geländespott zu einem wesentlichen Bestandteil der akademischen Ausbildung gemacht werden müsse und daß hierfür die erforderliche Zeit seitens der Hochschulen und der studentischen Verbände verfügbar gemacht werden müsse.

Vizelanzler von Bayern ist Freitag um 21,30 Uhr mit seiner Gattin nach Rom abgereist.

Der Schlepper „Seefalk“ in Brest ist wieder freigegeben worden. Es ist gelungen, nachzuweisen, daß Mißverständnisse vorliegen müssen.

Ein gutes Vaterherz hat aufgehört zu schlagen!

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß entriß uns der unerbittliche Tod am Freitag, dem 7. April, meinen innig geliebten Gatten, unseren herzensguten Vater, besten Großvater, lieben Schwiegervater, Bruder und Onkel, den

Prokuristen

Gustav Schwarz

kurz vor Vollendung seines 65. Lebensjahres.

Nach einem arbeitsreichen, mühevollen Leben warf ihn ein Schlaganfall an seinem ersten Ruhetage auf ein kurzes, aber schweres Krankenlager.

Dies zeigt im tiefsten Schmerz an

Beuthen OS., den 7. April 1933.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Martha Schwarz, geb. Paul.

Die Beerdigung findet Montag nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause, Gustav-Freytag-Straße 6a, aus statt.
Von Beileidsbesuchen bitten wir höflichst Abstand nehmen zu wollen.

Heute früh starb an Herzschlag, wohl vorbereitet für die Ewigkeit, nach einem arbeitsreichen Leben, unsere liebe, treusorgende Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, die verwitwete Frau

Anna Mathejczyk

geb. Bregulla

im 70. Lebensjahre.

Möge ihr der liebe Gott alles reichlich vergelten, was sie für uns getan hat.

Beuthen OS., Emanuelstempel, den 7. April 1933.

In tiefstem Leid

die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Montag, den 10. April, vormittags 9 1/2 Uhr, vom Trauerhause Königshütter Straße 9 aus.

Für
Offnen...

Ingyisa
Linolium
Torgalan

Richard Walter

Spezialgeschäft

Hindenburg, Kronprinzenstr. 269

Telefon 3731

Familien-Nachrichten

finden weiteste Verbreitung durch die Ostdeutsche Morgenpost.

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen!

Gott, dem Allmächtigen, hat es gefallen, Freitag, den 7. April, mittags 12 1/2 Uhr, meine innig geliebte Gattin, unsere unvergeßliche, herzensgute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Nichte, Schwägerin, Tante,

Frau Julianne Friedrich

geb. Neumann

kurz vor ihrem 51. Geburtstage nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, wiederholt versehen mit den Gnadenmitteln unserer heiligen Kirche, zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Tief erschüttert stehen wir an der Bahre unserer lieben Entschlafenen mit der Bitte um ein stilles Gebet.

Beuthen OS., den 8. April 1933.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Richard Friedrich, Fleischermeister.

Die Beisetzung findet am Montag, dem 10. April, vormittags 9 Uhr, vom Trauerhause, Friedrichstraße 8, aus statt.

Freitag, den 7. April 1933, starb nach einem Leben voller Mühe und Arbeit unsere herzensgute Mutter, **Frau verw. Rechnungsrat**

Marie Mieruch, geb. Siegert

im 71. Lebensjahre.

Dies zeigen in tiefem Schmerz an

die trauernden Kinder.

Beuthen OS., Ruda Ost-OS., Breslau, Reinerz, Berlin, den 7. April 1933.

Beerdigung Montag, den 10. April 1933, vorm. 10 Uhr, vom Trauerhause Kurfürstenstraße 9 aus.

Von Kondolenzbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

Oberschlesisches Landestheater

Sonabend, den 8. April

Beuthen

20 1/2 (8 1/2) Uhr

Zum ersten Male!

Tiefeland

Oper von d'Albert

Gleiwitz

20 1/2 (8 1/2) Uhr

Zum ersten Male!

Andreas Hollmann

Schauspiel v. Kaergel

Sonntag, den 9. April

Beuthen

15 1/2 (8 1/2) Uhr

Zum letzten Male!

Zu kleinen Preisen

0.20 bis 2.20 Mk.

Schwarzwaldmädel

Operette von Jessel

20 (8) Uhr

Zum letzten Male!

Mädchen in Uniform

Schauspiel v. Kaergel

Stellen-Angebote

Friseur-gehilfen

1 u 2

Gundlach, Beuthen,

Poststraße 1.

Hotel + Pension + Weiß

Pens. 4.50—5.50 - 4 Mahlz. Neuzettl. Einrichtg.

Wölfelsgrund. Tel. 53 - Jll. Prospekte.

Namslauer Bier Spaten-Bier

In 1-, 2- und 3-Literkannen und Siphons frei Haus

Beuthener Stadtkeller Tel. 4388

Siechen-Biere

in Krügen 3, 2 und 1 Liter

Siphons in 3, 5 und 10 Litern empfiehlt frei Haus

Bierhaus Bavaria, Beuthen, Teleph. 2358



DIE AUGEN AUF!
Verlockende Gelegenheitskäufe
bleiben sich oft im Inseratenteil der
OSTDEUTSCHEN MORGENPOST

Zwangsvorsteigerung.

Am 12. April 1933, 10 Uhr, an Gerichtsstelle (Stadtamt) Zimmer 25 das im Grundbuche von Beuthen-Stadt Blatt Nr. 144 auf den Namen des Kaufmanns Fritz Barisch in Beuthen eingetragene Grundstück, Lange Straße 8/Wallstraße 19. Amtsgericht in Beuthen OS.

Handelsregister

In das Handelsregister A. ist unter Nr. 2191 die offene Handelsgesellschaft in Firma „Kaindel & Co., Eifengroßhandlung“ mit dem Sitz in Beuthen OS. eingetragen. Die Gesellschafter sind die Kaufleute Albert Kaindel und Hans Schotko in Beuthen OS. Die Gesellschaft hat am 1. April 1933 begonnen. Zur Vertretung der Gesellschaft sind die Gesellschafter nur gemeinschaftlich ermächtigt. Amtsgericht Beuthen OS., den 5. April 1933.

In das Handelsregister A. Nr. 402 ist bei der Firma „Wilhelm Eich, Ingenieur, norm. Alfred Käß“ in Beuthen OS. eingetragen. Die Firma ist in „Wilhelm Eich, Ingenieur“ geändert. Amtsgericht Beuthen OS., den 5. April 1933.

In das Handelsregister A. Nr. 786 ist bei der offenen Handelsgesellschaft „Roth Fernbach“ in Beuthen OS. eingetragen. Kaufmann Edwin Fernbach ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Amtsgericht Beuthen OS., den 4. April 1933.

Tucher-Ausschank

Beuthen, Kaiser-Franz-Joseph-Platz Inh. Alfons Melcher

Heute Sonnabend:

Großes Eisbein-Essen u. Schweinshachsen

Es ladet ergebenst ein

Alfons Melcher.

Für Stimmung sorgt Kapelle CYGANEK.

Schuberts Bierstuben

Bahnhof Ecke Hohenzollernstr. Tel. 5085

Engelhardt • Gottesberger-Pilsener • Bamberger Hofbräu

in Siphons und Krügen

Die delikate preiswerte Küche



Angeregt durch viele Wünsche unserer werten Kundschaft eröffnen wir am

Sonnabend, dem 8. April 1933

vormittags 10 Uhr, in dem Grundstück Wilhelmstr. 34a (neb. dem Kasino-Weinhaus)

ein Zweigggeschäft

- Eigene Groß-Kulturen ermöglichen es uns, ohne Zwischenhandel zu außergewöhnlich niedrig. Preisen zu liefern.
- Langjährig geschultes Personal wird Sie höflich und zuvorkommend bedienen u. fertigt Blumenarrangements in besonders geschmackvoller und moderner Art an.
- Unsere Schaufenster werden Ihnen unsere Leistungsfähigkeit beweisen.

Blumenhaus F. Schotta
Hauptgeschäft: Gleiwitz, Bahnhofstraße 5
Zweiggeschäft: Wilhelmstraße 34, neben Kasino Weinhaus
Eigene Gärtnerei: Duppelstraße 5 / Telefon Sammel-Nr. 2607

Möbel-Rischke

gut und billig nur

Hindenburg, Stollenstr. 8

Rotsiegel-Seife

ist doppelt so gut!

Jedem sein



Ihr's ist auch dabei

Das ist Sinn und Zweck unseres Oster-Verkaufs.

Hunderte von großen und kleinen Artikeln, alle schön und nützlich, die Sie selbst gut brauchen können, oder die sich vorzüglich als Ostergeschenke eignen.

Aparte Kostüme
nur letzte Neuheiten in marine, mode und grau, vorzügliche Verarbeitung
19.50 29.50 34.50

Damen-Mäntel
modische Stoffe, Boucle und Shetlands, Ulster- und Fantasieformen, auf Marok
19.50 29.50 36.50

Damen-Strümpfe
prima künstliche Seide platfiziert, größte Haltbarkeit, neue Farben **95**

Damen-Schlüpfer
Matt-Charmeuse, ganz wunderbare Qualität, alle Größ. **1 15**

Damen-Handschuhe
K'seid. Charmeuse-Schlüpfer, elegante Stulpe, breite 2farb. Aufnaht **75**

Herrn-Oberhemden
weiß gemustert, Atlas-Streif., gefütterte Brust, vorzügliche Qualität **3 75**



Johannes Reinbath
GLEIWITZERSTR. 4
Inh. Alfons Kirchner

Polnische Aktiengesellschaften mit ausländischem Kapital

Auf Veranlassung des Polnischen Handelsministers ist eine Erhebung über die Beteiligung ausländischen Kapitals an den Aktiengesellschaften in Polen durchgeführt worden.

Die größte Summe ausländischen Kapitals ist nach dem Stande vom 1. Januar 1933 investiert in der Bergbau- und Hüttenindustrie mit 709,8 Millionen Zloty.

Was die Beteiligung der verschiedenen ausländischen Kapitalgruppen an den Unternehmungen in Polen anlangt, so ergeben sich für 1933 folgende prozentuale Anteile der Gesamtsumme (die entsprechenden Zahlen von 1931 in Klammern):

das deutsche Kapital in Polen nicht einmal an erster Stelle unter den ausländischen Beteiligungen

steht, obwohl es ursprünglich gar kein „ausländisches“ Kapital war, sondern in dem ostoberschlesischen Montangebiet seit jeher heimisch war und erst durch den Übergang des Gebietes an Polen zum ausländischen wurde.

Berliner Börse

Lebhafter und fester

Berlin, 7. April. Die Börse stand heute zweifellos unter dem Eindruck der beiden wichtigen Generalversammlungen bei der Reichsbank und der IG. Farbenindustrie.

hatten von der Gesamtzahl von 1414 Aktiengesellschaften nur 470 ausländische Kapitalbeteiligungen.

Danzigs Außenhandelsbilanz 1932

Der den gesamten Ein- und Ausgang über See umfassende seewärtige Warenverkehr im Danziger Hafen ist nunmehr, einschließlich der Durchfuhr, von der Statistik erfaßt worden.

Großbritannien ist dasjenige Land, mit dem Danzig den stärksten Handel treibt. Mit 51,8 Millionen Gulden wird mehr als ein Drittel der Danziger Einfuhr bestritten.

England ist in der Ausfuhr Hauptabnehmer. Hauptsächlich Holz wird von Großbritannien bezogen, und zwar im Werte von 40,9 Millionen Gulden.

Ostdeutsche Holzverwertung AG. Beuthen 6 Prozent Dividende

Die Gesellschaft, an der bedeutende Unternehmungen des oberschlesischen Kohlenbergbaues (Schaffgotsch, Giesche, Schlesag) und der oberschlesische Waldbesitz beteiligt sind, hielt am 6. April in Beuthen ihre ordentliche Hauptversammlung ab.

Das Frühjahrgeschäft in der westoberschlesischen Montanindustrie

Auf verschiedenen Marktgebieten der westoberschlesischen Montanindustrie war im März eine Belebung der Nachfrage festzustellen, wenn auch die Käufer mit Rücksicht auf bevorstehende wirtschaftspolitische Entscheidungen vielfach noch eine abwartende Haltung einnahmen.

Im einzelnen ergaben sich folgende Tendenzen:

Koks und Nebenprodukte:

Der Absatz an Koks ging erheblich zurück, da infolge der milden Witterung nur geringer Bedarf an Heizkoks vorlag.

Roheisen:

Eine Besserung der Nachfrage war nicht zu verzeichnen, vielmehr beeinflußte das Eindringen ausländischen Roheisens die Märkte.

Walzeisen:

Hier war eine Belebung des Auftrags-einganges zu verzeichnen. Die im Frühjahr übliche Steigerung der Nachfrage hat eingesetzt, jedoch ist die Beschäftigung noch unzureichend.

Röhren:

Für schmiedeeiserne Röhren lag ein gesteigertes Interesse nicht vor, verschärft war die Absatzstockung im Export.

Drahtwaren:

Eine Aenderung in den Absatzverhältnissen hat sich nicht ergeben. Der Verkauf blieb auf der gleichen Höhe wie im Vormonat bestehen.

Eisenbahnmateriale:

Für rollendes Eisenbahnmateriale liegen Aufträge vor, jedoch sind die Betriebe in ihrer Leistungsfähigkeit bei weitem nicht ausgenutzt.

Auto- und Grubenausbaumaterial:

Die Anfragen nach Autoteilen ließen erkennen, daß ein größerer Bedarf vorhanden ist, jedoch wurden Aufträge nur in geringem Umfang erteilt.

Königshulder Artikel:

Die Landwirtschaft benötigte Feld- und Gartengeräte in größerem Umfang, so daß sich ein lebhaftes Geschäft entwickelte.

Maschinenbau und Eisenkonstruktionen:

Der Auftragseingang für Erzeugnisse der Kesselschmiede, der Maschinenbauanstalten und für Eisenkonstruktionen blieb, offenbar infolge der Unübersichtlichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung, zunächst noch gering.

Berliner Produktenbörse

Table with 2 columns: Weizen (1000 kg) and Roggen (1000 kg) prices for various months and tendenz.

Breslauer Produktenbörse

Table with 2 columns: Getreide (1000 kg) and Futtermittel (100 kg) prices for various months and tendenz.

Berliner Schlachtviehmarkt

Table with 2 columns: Ochsen (Ochsen) and Fresser (Fresser) prices for various categories.

Natur lagen Berliner Maschinen zu Beginn 1 1/2 Prozent und Braubank 2 1/2 Prozent unter gestern.

Im Verlaufe ließ das Geschäft auch an den Aktienmärkten etwas nach; größere Kursabweichungen traten nicht ein.

Posener Produktenbörse

Table with 2 columns: Roggen (Roggen) and Weizen (Weizen) prices for various months and tendenz.

18,50, Peluschken 12-13, Serradelle 11-12, blaue Lupinen 7,00-8,00, gelbe Lupinen 8,50-9,50.

Berliner Devisennotierungen

Table with 4 columns: City (Für drahtlose Anzahlung auf), Currency (Geld, Brief), and Date (7. 4., 6. 4.).

Valuten-Freiverkehr

Berlin, den 7. April. Polnische Noten: Warschau 47,00 - 47,20, Kattowitz 47,00 - 47,20, Posen 47,00 - 47,20.

Steuergutschein-Notierungen

Table with 2 columns: Year (1934, 1935, 1936) and Rate (95%, 89%, 83%).

Londoner Metalle (Schlußkurse)

Table with 4 columns: Metal (Kupfer, Elektrolyt, Zinn, Banka, Blei), Date (7. 4.), and Price (ausl. entfl. Sicht, offizieller Preis).

Warschauer Börse

Table with 2 columns: Bank (Bank Polski, Starachowce) and Rate (74,00, 9,50).